



Rechte Straftaten bei AfD-Demonstrationen

Katharina König: Die AfD ließ sich durch rechte Hooligans und Neonazis unterstützen

„Die AfD präsentiert sich gerne in der Opferrolle und fühlt sich darin pudelwohl. Immer sind andere Schuld, und mit Neonazis habe man angeblich auch nichts gemein. Nach aktuellen Zahlen des Innenministeriums wurden jedoch seit Herbst letzten Jahres allein bei AfD-Demonstrationen in Erfurt über 43 Straftaten registriert, die als politisch-rechtsmotivierte Kriminalität eingestuft sind, darunter auch mehrere Körperverletzungen und gefährliche Körperverletzungen, Landfriedensbrüche, Verstöße gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“, erklärte Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Nach zahlreichen Berichten von Betroffenen gewalttätiger Übergriffe durch AfD-Demonstranten in Erfurt, insbesondere auch über einen Einsatz eines Elektroschockers, hatte die Abgeordnete der Linksfraktion eine Kleine Anfrage an die Landesregierung eingereicht.

In der nun eingetroffenen Antwort des Thüringer Innenministeriums wurden politisch motivierte Straftaten von Personen ausgewertet, die als Teilnehmer der elf AfD-Demonstrationen zwischen September 2015 und Mai 2016 erkennbar waren. Insgesamt wurden 46 Fälle erfasst, drei wurden der Kate-

gorie „Politisch-motivierte Kriminalität Sonstige“ und 43 Fälle der Kategorie „Politisch-motivierte Kriminalität Rechts“ zugeordnet. 24 Geschädigte sind den Behörden bekannt geworden, darunter zehn Opfer von gewalttätigen Übergriffen.

„Die Zahlen zeigen auch, dass es keine einzige AfD-Demonstration in Erfurt gab, bei der es nicht zu politisch-rechtsmotivierter Kriminalität kam“, so

für Menschen zu etablieren, die nicht in das rückwärtsgewandte und hasserfüllte Weltbild der AfD-Teilnehmer passen“, sagte die Abgeordnete.

„Regelmäßig ließ sich die AfD durch rechte Hooligans und Neonazis von der NPD bis zur Identitären Bewegung bei ihren Demos in Erfurt unterstützen, deren Anwesenheit vom ersten Tag an bekannt war. Die Thüringer AfD trägt daher eine Mitverantwortung, weil sie



Protestzug eines breiten, vor allem auch zivilgesellschaftlichen Bündnisses durch die Erfurter Innenstadt gegen eine AfD-Demonstration auf dem Domplatz im Oktober vorigen Jahres.

die Katharina König, die hinzufügte, dass es eine Dunkelziffer von Vorfällen gibt, die nicht in die Statistik einfließen, weil Betroffene aus Angst keine Anzeige erstatteten.

„Björn Höcke phantasierte auf diesen Demonstrationen von angeblichen Angsträumen für blonde deutsche Frauen, tatsächlich hat jedoch die AfD selbst über Monate hinweg dafür gesorgt, mittwochs in Erfurt Angsträume

das Klima, in dem kriminelle und gewalttätige Vorfälle durch AfD-Demonstranten verübt werden konnten, mindestens begünstigt hat oder bewusst in Kauf nahm.“

Katharina König ruft dazu auf, auch bei kommenden Demonstrationen der AfD klare Haltung gegen deren Menschenfeindlichkeit zu bekennen und konsequent gegen Straftaten auf AfD-Demos vorzugehen. ■

AKTUELL

Thügida plant Fackelmarsch zur Reichspogromnacht

„Nachdem bereits zum Geburtstag von Adolf Hitler und zum Todestag von Rudolf Heß in diesem Jahr das Neonazi-Netzwerk mit Fackeln durch Jena marschierte, soll nun ein Fackelmarsch zum Jahrestag der Reichspogromnacht stattfinden. Jedem Verwaltungsrichter müsste spätestens jetzt offenkundig werden, dass Thügida das Versammlungsrecht als Vorwand zur Verherrlichung des Nationalsozialismus und zur Glorifizierung des Dritten Reichs benutzt“, so MdL Katharina König (LINKE).

Erst vor wenigen Tagen demonstrierte Thügida mit Fackeln durch Jena. Zwar vorgeblich unter anderem Motto, tatsächlich wohl auch, um Rudolf Heß zu verehren. Ein Mitglied des Thügida Organisationsteams, der Holocaust-Leugner Axel Schlimper,

hatte per Videobotschaft aufgerufen, 'zur Ehre unserer Toten' durch Jena zu marschieren, eine andere Neonazi-Gruppe schrieb am Tag der Demonstration über Twitter „Wir freuen uns über die vielen Teilnehmer zu Gedenkmarsch Rudolf Heß heute abend in Jena #j1708“ (Fehler im Original). Neonazis skandierten in Jena „Ruhm und Ehre den deutschen Soldaten“, während Lieder der Neonazi-Band „Landser“ bzw. „Lunikoff Verschwörung“ ertönten. Anmelder Köckert kündigte weitere Demos an historischen Daten an.

Für den Aufmarsch wird zum 9. November mit einem Fackelbild mobilisiert, dazu der Spruch „Vorfriede ist die schönste Freude“. Am selben Tag begannen 1938 die Novemberpogrome, bei denen hunderte Juden ermor-

det wurden. Es folgte ihre systematische Vernichtung. Bereits am 20. April war aus der Thügida-Demo in Jena die Parole „Juden raus“ zu hören.

Katharina König: „Wir brauchen kein schärferes Versammlungsgesetz. Thügida möchte an den Nationalsozialismus anknüpfen und kommt nur dafür zum Demonstrieren nach Jena. Die Stadt sollte den Mut beweisen, auf die Vernunft und den Erkenntnisgewinn der Verwaltungsrichter zu hoffen, um mit den bestehenden rechtlichen Möglichkeiten den Nazi-Zirkus samt seinen antisemitischen Hetzern ein für allemal in die Schranken zu weisen. Nach den Erfahrungen der letzten Monate darf es nicht erneut eine Legitimation für den Nationalsozialismus verherrlichen die Aufmärsche durch Jena geben.“ ■

KOMMENTIERT:

von Karola Stange

Für eine faire Lösung

Bei der Rehabilitierung von schwulen Männern, die nach § 175 StGB und entsprechenden Strafvorschriften verurteilt worden waren, muss es um eine Aufhebung der Urteile ohne Einzelfallprüfung gehen. Dabei sollte die Feststellung und Bestätigung der Aufhebung von Amts wegen durch die Gerichte erfolgen. Ein extra Antrag der Betroffenen und eine Extra-Nachfrage über die Zusendung der Bestätigung sollten nicht notwendig sein. Für jeden Betroffenen sollte es auch von Amts wegen eine angemessene Entschädigung für die menschenrechtswidrige Verurteilung und deren Folgen geben. Gesetzesinitiativen, die diese inhaltlichen Eckpfeiler nicht berücksichtigen, sind zwar Schritte in die richtige Richtung, aber keine wirklich angemessene und faire Lösung. So enthält der aktuelle Gesetzentwurf der GRÜNEN-Bundestagsfraktion soweit ersichtlich keine eigenen Entschädigungsregelungen.

Der Thüringer Landtag und die Landesregierung sind wegen des in Art. 2 der Landesverfassung verankerten Diskriminierungsverbots bezogen auf die sexuelle Orientierung in einer besonderen Verantwortung. Es deuten sich aber auf Bundesebene schon wieder zeitliche Verzögerungen und inhaltliche Abstriche an. Deshalb müsste Thüringen entsprechende Bundesratsaktivitäten auf den Weg bringen. Ausgehend von einer gemeinsamen parlamentarischen Initiative von LINKE- und GRÜNE-Fraktion aus der vergangenen Wahlperiode sollte die Koalition mit einem Antrag zur Rehabilitierung ohne Einzelfallprüfung und mit angemessener Entschädigung so schnell wie möglich aktiv werden. Wir werden dazu auf die Koalitionspartner zuzugehen.

Volljährige Schwule allein für die Tatsache zu bestrafen, dass sie eigenverantwortlich und aus eigenem Willen eine gemeinsame Beziehung eingegangen sind, ist ein klarer Verstoß gegen die Menschen- und Bürgerrechte. Es ist traurig, dass dies in der DDR bis 1968 und in der BRD bis 1994 überhaupt so möglich war. Die Betroffenen, die durch die Verurteilung einschneidende Auswirkungen auf ihr Leben erlitten haben, müssten eigentlich schon längst rehabilitiert sein, eine angemessene Entschädigung eingeschlossen. Die Diskussion im Landtag und die Aktivitäten Thüringens im Bundesrat sind für eine zeitnahe und optimale Lösung wichtig. ■